

FARC und Regierung konnten sich bis zum beabsichtigten Termin 23.März 2016 nicht auf ein Schlussabkommen einigen und beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen.

Die Tageszeitung EL TIEMPO stellt am 24.3.2016 dar, welche Gründe die Regierung veranlasst haben, die Unterzeichnung eines Schlussabkommens zu verschieben:

Die Gründe der Regierung, ein Schlussabkommen noch nicht zu unterschreiben

Nach einem mit langen Gesprächen mit der FARC in Havanna ausgefüllten Tag und während das Land eine Verlautbarung über den Friedensprozess erwartete, verließ die Regierungsdelegation-angeführt von Chefunterhändler Humberto De la Calle- den Verhandlungssaal um 19.30 Uhr um zu erklären, weshalb es nicht möglich gewesen sei, das Schlussabkommen am 23.März zu unterzeichnen, wie es Präsident Santos und FARC-Chef Timochenko vorgeschlagen hatten.

„Wir müssen die Öffentlichkeit unterrichten, dass es momentan weiterhin substantielle Differenzen mit der FARC in Grundsatzfragen gibt“, sagte De la Calle, umgeben von seinem Verhandlungsteam.

Und er fügte hinzu, dass für die Regierung das angestrebte Abkommen mit der FARC „ein gutes Abkommen sein muss“, das die Sicherheit der entwaffneten Guerrilleros garantieren müsse, aber gleichfalls die Sicherheit der Kolumbianer, indem „die Verbindung von bewaffnetem Kampf und Politik durchbrochen wird“.

Andererseits dementierte De la Calle nachdrücklich Berichte verschiedener Medien, wonach die Unterhändler der Regierung die Vorschläge der Unterkommission der Militärs und FARC-Kommandeure bezüglich der Form der Konzentration der Truppen und der Niederlegung der Waffen nach einer beiderseitigen Feuereinstellung in Bausch und Bogen verworfen hätten.

„Man hat berichtet, die Verhandlungsbeauftragten hätten die Ergebnisse der von General Javier Flórez geleiteten Technischen Unterkommission abgelehnt. Das ist unrichtig, völlig unrichtig“, unterstrich De la Calle.

Ohne die grundlegenden Differenzen genau zu benennen, die mit der FARC bestehen, betonte der Verhandlungsführer der Regierung, ein gutes Abkommen mit der Guerrilla sei eines, dass „vom ersten Tag an ein für alle Mal die Verbindung zwischen Politik und Waffen durchbricht“.

Wie EL TIEMPO am vergangenen Sonntag berichtete, besteht eine der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit der FARC über den Zeitpunkt, an dem die FARC mit politischer Werbung beginnen kann, was De la Calle gestern Abend bestätigte. Er sagte, für die Regierung bestehe „ein Junktim zwischen der Niederlegung der Waffen und der Beteiligung an der Politik“.

Ebenfalls sei, wie er bestätigte, die Niederlegung der Waffen eine Vorbedingung für die Anwendung der Mechanismen der Übergangsjustiz und die Öffnung für den Wiedereintritt ins Zivilleben.

De la Calle betonte erneut die Wichtigkeit der Überwachung der Beendigung der Kampfhandlungen durch die UNO gemeinsam mit Vertretern von Regierung und FARC. In diesem Sinne bemerkte der Chef der Regierungsdelegation: „Wir müssen der FARC rechtlichen und physischen Schutz gewährleisten, aber diese muss ihrerseits der Zivilgesellschaft gewährleisten, dass sie sich loyal und transparent ins Zivilleben eingliedern wird“.

Bezüglich der Vorschläge der Unterkommission, die aus Offizieren und FARC-Kommandeuren besteht, sagte De la Calle: „Das sind solide Vorschläge, die von den Verhandlungsführern geprüft wurden und die unsere volle Unterstützung haben“. Er fügte hinzu, dass die der Unterkommission

angehörigen Generäle mit der Verhandlungsdelegation darin übereinstimmen, dass die Punkte, in denen Meinungsverschiedenheiten mit der FARC bestehen, „außerordentlich sensibel“ seien.

Wie diese Zeitung am vergangenen Sonntag ebenfalls berichtete, besteht eine Meinungsverschiedenheit darin, dass **die FARC behauptet, die Amnestie für diejenigen, die keine schweren Verbrechen begangen haben, im Moment der Unterzeichnung des Schlussabkommens in Kraft trete, während die Regierung darauf besteht, dies sei erst der Fall, wenn die Niederlegung der Waffen vollständig erfolgt sei** (Hervorhebung im Originaltext, A.d.Ü.). In diesem Sinne sei auch zu verstehen, dass die Guerrilla keine politische Kampagne führen dürfe, solange diese Bedingung nicht erfüllt sei. Auf einem anderen Blatt stünde nach Ansicht der Regierung, wenn einem Chef der FARC die Möglichkeit eingeräumt würde, an bestimmten Parlamentssitzungen teilzunehmen, wenn das dem Friedensprozess nützlich sei.

Aufgrund des Fortbestehens dieser Meinungsverschiedenheiten schloss De la Calle letzte Nacht seine Ausführungen in Havanna und sagte:“ Wir werden alle möglichen Anstrengungen unternehmen, um zu einem Schlussabkommen zu gelangen. Aber das erfordert baldige Entscheidungen“.

Meinungen dazu:

Horacio Serpa Uribe (Senator, Liberale Partei)

Ich verstehe vollkommen, warum man heute kein Abkommen mit der FARC unterzeichnen konnte. Man muss fortfahren, nach einem guten Abkommen für alle Seiten zu suchen, wobei es keine tödlichen Fristsetzungen geben darf. Wenn man sagt, es gäbe keinen Frieden wegen der Fristüberschreitung, dann ist das großer Unfug.

Iván Cepeda (Senator UP, links)

Obwohl man noch kein Abkommen erreicht hat, vertraue ich darauf, dass man die Differenzen in den nächsten Monaten ausräumen wird. Wir befinden uns in der Endphase des Friedensprozesses, und es herrscht Vertrauen auf ein erfolgreiches Ende. Wenn man den Zweck des Prozesses erfüllt.

Piedad Córdoba (Ex-Senatorin, links; hat verschiedentlich zwischen FARC und Regierung vermittelt)

Wichtig ist nicht die Festlegung von Fristen, sondern die Definition einer „Roadmap“ zum Frieden und dem Ende des Krieges. Es ist wichtig festzustellen, dass der Prozess vorwärts schreitet und nicht rückwärts. Der Frieden ist an einem Punkt der Unumkehrbarkeit.

Carlos Holmes Trujillo (Vorsitzender des Demokratischen Zentrums)

Es kam nicht zu einem Abkommen, weil die Fristsetzung unrealistisch war. Sie hat zwar Wirkung auf die öffentliche Meinung gehabt, aber im Laufe der Zeit wurde klar, dass das gesetzte Datum keine reale Grundlage hatte.

Jimmy Chamorro (Senator Partei der „U“)

Die Regierung hat nicht nur mit Gespür, sondern auch in Gewissheit gehandelt, indem sie versicherte, kein Abkommen zu jedem Preis zu unterzeichnen, sondern sie wird ein Abkommen unterzeichnen, das allen Kolumbianern nützt.

Claudia López (Senatorin der Partei Grüne Allianz)

Weder können wir der FARC absolute Garantien geben, noch kann sie das uns gegenüber. Innerhalb dieser Bandbreite der Ungewissheit müssen wir den Friedensprozess vorantreiben. Die FARC muss begreifen, dass ihre bloße bewaffnete Präsenz das Risiko für Führungspersonen der sozialen Bewegungen und der Linken vergrößert. Ihre Entwaffnung wird sie mehr schützen als ihre Waffen.